



Sessionsvorschau Sommersession 2021– Netzwerk Kinderrechte Schweiz

In der Sommersession sind zahlreiche Vorstösse traktandiert, die die Kinderrechte betreffen:

Im **Nationalrat** befassen sich gleich mehrere Vorstösse mit Kinderrechten. So wird er unter anderem mit der Detailberatung der Gesetzesvorlage zum [Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele](#) beginnen. Mit dem Gesetz will der Bundesrat Minderjährige besser vor Medieninhalten in Filmen und Videospiele schützen, die ihre körperliche, geistige, psychische, sittliche oder soziale Entwicklung gefährden könnten. Zusammen mit dieser Vorlage wird eine Motion der nationalrätlichen Bildungscommission beraten, die im Rahmen der Nationalen Strategie Sucht ein [Massnahmenpaket zur Bekämpfung verschiedener Formen von Cyberabhängigkeiten](#) fordert. Ebenfalls um Kinderschutz in digitalen Medien geht es bei den beiden Postulaten von Yvonne Feri ([Sexuelle Gewalt an Kindern im Internet. Was macht das Bundesamt für Polizei?](#)) und Fabio Regazzi ([Die Täter vor dem Live-Streaming eines Kindsmisbrauchs stoppen, und der Kinderprostitution im Internet wirksame Grenzen setzen](#)).

Weiter befasst sich der Nationalrat mit einem [Postulat seiner Bildungscommission](#), die einen dringlichen Bericht zu den Auswirkungen der Coronakrise auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, samt konkreten Massnahmen zur Wahrung der psychischen Gesundheit und zur Versorgungssicherstellung, fordert.

Schliesslich verlangt die Bildungscommission des Nationalrats in einem weiteren Postulat einen Übersichtsbericht zur Situation der bestehenden nationalen und kantonalen Angebote im Bereich [«Jugend und Ernährung»](#) als Basis für eine Strategie für eine nachhaltige Ernährung.

Der **Ständerat** befasst sich mit der Motion von Rosmarie Quadranti [«Schaffung der nationalen Menschenrechtsinstitution und Übergangslösung unter Beibehaltung des Status quo mit dem Schweizerischen Kompetenzzentrum für Menschenrechte»](#). Diese beauftragt den Bundesrat, erstens die Gesetzesvorlage zur Schaffung einer nationalen Menschenrechtsinstitution (NMRI) dem Parlament rasch zu unterbreiten und zweitens sicherzustellen, dass das seit neun Jahren bestehende Schweizerische Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR) seine Arbeit fortführen kann, bis das neue NMRI-Gesetz in Kraft tritt. Der Bundesrat empfiehlt die Annahme der Motion und auch der Nationalrat hat sich bereits dafür ausgesprochen.

Weiter befasst sich der Ständerat erstmals mit dem [Bundesbeschluss zum UNO-Migrationspakt](#). Mit dem UNO-Migrationspakt, den die UNO-Generalversammlung im Dezember 2018 verabschiedet hat, wurde ein umfassender Handlungsrahmen zur besseren internationalen Zusammenarbeit im Bereich grenzüberschreitender Migration erarbeitet. Das Parlament hat den Bundesrat beauftragt, den Migrationspakt in Form eines einfachen Bundesbeschlusses zu unterbreiten. Aus der Sicht des Netzwerks Kinderrechte Schweiz würden mit der Unterzeichnung des Pakts die Rechte von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz entschieden gestärkt. Sei dies durch eine funktionierende internationale Zusammenarbeit im Kinderschutz oder im verbesserten Schutz von geflüchteten Kindern, insbesondere vor Menschenhandel und Ausbeutung ([weitere Infos im Webbeitrag des Netzwerks Kinderrechte Schweiz](#)).

Schliesslich wird sich der Ständerat erneut mit dem [Tabakproduktegesetz](#) befassen. Geht es nach der ständerätlichen Gesundheitskommission, soll das Gesetz als indirekter Gegenvorschlag mit der Volksinitiative [«Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung»](#) verknüpft werden.

Die Sessionsprogramme und Tagesordnungen der Eidgenössischen Räte können noch Änderungen erfahren und sind unter folgenden Links abrufbar: [Nationalrat](#) | [Ständerat](#)



Sessionswoche 1

Nationalrat

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
31.05.2021	01.06.2021	02.06.2021	03.06.2021	04.06.2021
	Postulat Romano Marco Bericht über die Umwelterziehung 19.3764	Geschäft des BR Strafraahmenharmonisierung und Anpassung des Nebenstrafrechts an das neue Sanktionenrecht 18.043		
	Parl. Initiative Hess Erich Keine Kinderrenten mehr ins Ausland ausbezahlen 20.412	Motion Schläpfer Therese Kein Aufenthaltsrecht bei sexuellen Übergriffen und Gewalt an Frauen und Kindern 19.4191		
	Parl. Initiative Prelicz-Huber Katharina Familien- und schulergänzende Betreuung als Teil des Service public 20.413	Motion Schläpfer Therese Kinderehen müssen als konsequent bekämpft werden 19.4261		

Sessionswoche 1

Ständerat

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
31.05.2021	01.06.2021	02.06.2021	03.06.2021	04.06.2021
			Postulat Jositsch Daniel Mehr Fairness bei der Lehrstellenausschreibung und Lehrstellungsvergabe 21.3103	



Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
07.06.2021	08.06.2021	09.06.2021	10.06.2021	11.06.2021

Postulat

Reynard Mathias
Der digitale Analphabismus führt zu sozialer Ausgrenzung

19.3785

Motion

Quadranti Rosmarie
Verbot der "Heilung" homosexueller Jugendlicher

19.3840

Motion

Masshardt Nadine
Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Endlich eine echte Elternzeit

19.3847

Motion

Quadranti Rosmarie
Elternzeit von 14 Wochen für beide Elternteile für Chancengleichheit im Erwerbsleben

19.3848

Motion

Bertschy Kathrin
Elternzeit von 14 Wochen für beide Elternteile. Gleiche Chancen im Erwerbsleben

19.3849

Geschäft des BR

Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele. Bundesgesetz

20.069

Postulat

WBK-NR
Stärkung der Nationalen Strategie Sucht durch den Einbezug der Cyberabhängigkeit

20.4343



Sessionswoche 2

Ständerat

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
07.06.2021	08.06.2021	09.06.2021	10.06.2021	11.06.2021

Geschäft des BR

Motion

Quadranti Rosmarie

Motion

Baume-Schneider

Elisabeth

Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024

Schaffung der nat. Menschenrechtsinstitution und Übergangslösung unter Beibehaltung des Status quo mit dem Schweizerischen Kompetenzzentrum für Menschenrechte

Situation der Menschen ohne rechtlich geregelten Status berücksichtigen

20.030

19.3610

20.3420

Geschäft des BR

UNO-Migrationspakt

21.018

Interpellation

Sommaruga Carlo

Minderjährige in den Lagern der Demokratischen Kräfte Syriens in Nordsyrien. Das Völkerrecht gebietet die sofortige Rückführung der Kinder

21.3298



Sessionswoche 3

Nationalrat

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
14.06.2021	15.06.2021	16.06.2021	17.06.2021	18.06.2021

Parl. Initiative

Postulat

Postulat

Markwalder Christa

Feri Yvonne

Romano Marco

Steuerliche Entlastung für familienexterne Kinderbetreuung von bis zu 25 000 Franken pro Kind und Jahr

Sexuelle Gewalt an Kindern im Internet. Was macht das Bundesamt für Polizei?

Bericht über die Umwelterziehung

20.455

19.4016

19.3764

Postulat

Postulat

Regazzi Fabio

WBK-NR

Die Täter vor dem Live-Streaming eines Kindsmisbrauchs stoppen, und der Kinderprostitution im Internet wirksame Grenzen setzen

Jugend und gesunde Ernährung durch verstärkte Koordination und Kommunikation stärken

19.4016

21.3005

Motion

Postulat

Schläpfer Therese

WBK-NR

Kein Aufenthaltsrecht bei sexuellen Übergriffen und Gewalt an Frauen und Kindern

Psychische Gesundheit unserer Jugend stärken

19.4191

21.3457

Motion

Schläpfer Therese

Kinderehen müssen konsequent bekämpft werden

19.4261



Sessionswoche 3

Ständerat

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
14.06.2021	15.06.2021	16.06.2021	17.06.2021	18.06.2021

Geschäft des BR

Parl. Initiative

Motion

**Bundesgesetz über Ta-
bakprodukte**

Wehrli Laurent
**Für ein Programm zu
Jugend und Ernährung**

Herzog Eva
**Finanzielle Notlage für
Auszubildende. Covid-
19 macht dringendes
Handeln für Auszubil-
dende und Studierende
notwendig!**

15.075

19.463

21.3291

Motion

Standesinitiative

Zanetti Roberto

**Ersatzleistungen für
Drittbetreuungskosten
infolge krankheits- oder
unfallbedingter Unfä-
higkeit zur Betreuung
von betreuungsbedürf-
tigen Personen**

**Für eine konsequente
Bundespolitik im Be-
reich der familienergän-
zenden Kinderbetreu-
ung**

19.3705

20.308

Postulat

Z'graggen Heidi

**Bericht zu den Auswir-
kungen auf die Gesell-
schaft durch die Mass-
nahmen zur Bekämp-
fung der Corona-Pande-
mie und Möglichkeiten
zu deren Heilung**

21.3230

Motion

Baume-Schneider

Elisabeth

**Mutterschutz vor der
Niederkunft**

21.3283



Übersicht über die relevanten Geschäfte der Frühjahrsession 2021

Geschäft des Bundesrates

15.075

Bundesgesetz über Tabakprodukte

Das Parlament will den Umgang mit Tabakprodukten strenger regeln. Umstritten sind die neu geplanten Werbebeschränkungen. Der Nationalrat schlägt einen etwas liberaleren Weg als der Ständerat vor. In den Printmedien und im Internet soll Werbung nicht grundsätzlich verboten sein. Das Verbot soll nur für Presseerzeugnisse und Internetseiten gelten, die Minderjährige adressieren. Werbung in Kinos und im öffentlichen Raum soll jedoch weitgehend verboten werden, ebenso vom öffentlichen Grund aus einsehbare Plakatwerbung. Mit diesen und weiteren Differenzen im Tabakproduktegesetz befasst sich nun wieder der Ständerat.

Weil das Parlament noch eine Weile mit dem neuen Bundesgesetz über Tabakprodukte beschäftigt sein wird, haben beide Räte die Übergangsregelung für Tabakprodukte im Lebensmittelgesetz um vier Jahre verlängert. Das neue Tabakproduktegesetz soll nach dem Willen der SGK-SR als indirekter Gegenvorschlag mit der Volksinitiative «[Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung](#)» verknüpft werden.

Geschäft des Bundesrates

18.043

Strafrahmenharmonisierung und Anpassung des Nebenstrafrechts an das neue Sanktionenrecht

Um eine angemessene Sanktionierung von Straftaten ermöglichen, passt der Bundesrat im Strafgesetzbuch den Strafrahmen für verschiedene Delikte an. Im Vordergrund stehen dabei Gewalt- und Sexualdelikte, die oftmals an Frauen und Kindern begangen werden. Solche Delikte sollen künftig härter bestraft werden. Bei einer sexuellen Handlung mit einem Kind unter 12 Jahren, die nicht einer Vergewaltigung entspricht, wird eine Mindeststrafe von einem Jahr Freiheitsstrafe eingeführt. Damit soll der besonderen Schutzbedürftigkeit von Kindern Rechnung getragen werden. Bei einer Vergewaltigung gilt eine Mindeststrafe von zwei Jahren Freiheitsstrafe. Gleichzeitig stimmt der Bundesrat auch das Verhältnis der Strafrahmen besser aufeinander ab. Der Ständerat will die Strafen für gewisse Delikte verschärfen, entscheidet sich im Gegensatz zum Bundesrat dafür, keine Mindeststrafen vorzusehen. Die Anpassungen betreffen vor allem randalierende Personen, die bei Ausschreitungen Polizei, Sanität oder Feuerwehr angreifen. Ebenfalls angepasst wird der Strafrahmen für schwere Körperverletzungen oder gewerbs-mässig begangene Vermögensdelikte. Die Revision des Sexualstrafrechts soll hingegen in einer separaten Vorlage behandelt werden.

Geschäft des Bundesrates

20.030

Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024

Der Bundesrat hat die Botschaft über die Förderung der Kultur für die Periode 2021-2024 verabschiedet und ans Parlament überwiesen. Die drei bisherigen strategischen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes – kulturelle Teilhabe, gesellschaftlicher Zusammenhalt sowie Kreation und Innovation – werden beibehalten. Weiter legt der Bundesrat ab 2021 einen Schwerpunkt auf den digitalen Wandel in der Kulturförderung. Zur Umsetzung der Botschaft sind finanzielle Mittel in der Höhe von 934,5 Millionen Franken vorgesehen. Kinder und Jugendliche betrifft die Botschaft insbesondere durch das Programm «Jugend und Musik», welches in Zusammenarbeit mit den Kantonen die gezielte Förderung musikalisch begabter Kinder vorantreiben will.



Geschäft des Bundesrates

20.069

Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele. Bundesgesetz

Mit dem Gesetz will der Bundesrat Minderjährige besser vor Medieninhalten in Filmen und Videospielen schützen, die ihre körperliche, geistige, psychische, sittliche oder soziale Entwicklung gefährden könnten. Es geht namentlich um Darstellungen von Gewalt, Sexualität und bedrohlichen Szenen. Schweizweit werden alle Kinos, Detailhändler, Online-Versandhändler und Abrufdienste zu Alterskennzeichnungen und -kontrollen verpflichtet. Zudem werden auch Anbieterinnen und Anbieter von Plattformdiensten für Videos oder Videospiele (z. B. YouTube, Twitch) in die Pflicht genommen. Die Systeme zur Altersklassifizierung und die Regeln zur Alterskennzeichnung sowie zur Alterskontrolle sollen von den Akteurinnen und Akteuren im Film- und Videospielebereich entwickelt werden. Sie müssen sich zu diesem Zweck zu Jugendschutzorganisationen zusammenschliessen und eine Jugendschutzregelung erarbeiten, die sie dem Bundesrat zur Verbindlichkeitserklärung vorlegen. Die Bildungscommission des Nationalrats hat die Vorlage mit 15 zu 7 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Der Nationalrat ist in der Frühjahrsession auf das Geschäft eingetreten, nun folgt die Detailbehandlung zusammen mit dem Postulat der WBK-N «[Stärkung der Nationalen Strategie Sucht durch den Einbezug der Cyberabhängigkeit](#)».

Geschäft des Bundesrates

21.018

UNO-Migrationspakt

An seiner Sitzung vom 3. Februar 2021 hat der Bundesrat die Botschaft zum UNO-Migrationspakt verabschiedet. Mit dem UNO-Migrationspakt, den die UNO-Generalversammlung im Dezember 2018 verabschiedet hat, wurde ein umfassender Handlungsrahmen zur besseren internationalen Zusammenarbeit im Bereich grenzüberschreitender Migration erarbeitet. Ziel des UNO-Migrationspaktes ist es, mittels gemeinsam getragener Prinzipien und Zielsetzungen die weltweite Migration künftig sicherer und geordneter zu steuern und irreguläre Migration zu verringern. Der Pakt bezieht sich nebst den Zielen für eine nachhaltige Entwicklung und der UNO Menschenrechtskonvention auch klar auf die UNO-Kinderrechtskonvention. Von den 23 Zielen des Pakts, richten sich 15 an Kinder und wie sie auf nationaler, regionaler und globaler Ebene besser geschützt werden können. Es handelt sich dabei um politisch verpflichtende Ziele und Leitprinzipien und nicht um rechtlich bindende Grundlagen. Der UNO-Migrationspakt anerkennt die jungen Migrantinnen und Migranten in erster Linie als Kinder, deren Kindesinteresse im Migrationskontext handlungsleitend sein soll.

In der Wintersession 2018 beauftragte das Parlament den Bundesrat, ihm den Antrag auf Zustimmung zum UNO-Migrationspakt in Form eines einfachen Bundesbeschlusses zu unterbreiten. Aus der Sicht des Netzwerks Kinderrechte Schweiz würde er mit der Unterzeichnung des Regelwerks die Rechte von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz entscheidend stärken. Sei dies durch eine funktionierende internationale Zusammenarbeit im Kinderschutz oder im verbesserten Schutz von geflüchteten Kindern, insbesondere vor Menschenhandel und Ausbeutung. Der Pakt bietet eine Chance das Kindeswohl ins Zentrum zu rücken, damit Kindern und Jugendlichen eine nachhaltige Zukunftsperspektive ermöglicht werden kann ([weitere Infos im Webbeitrag des Netzwerks Kinderrechte Schweiz](#)).



Parlamentarische Initiative Wehrli Laurent

19.463

Für ein Programm zu Jugend und Ernährung

Die parlamentarische Initiative fordert ein Programm zum Thema Jugend und Ernährung zu erstellen und umzusetzen. Dies nach dem Vorbild der Programme zu «Jugend und Kultur» (Art. 67a der Bundesverfassung) und zu «Jugend und Sport» (Art. 68 der Bundesverfassung).

Der Nationalrat hat der Initiative Folge gegeben. Die vorberatende Kommission des Ständerats hat entscheiden der Initiative keine Folge zu geben, weil nach ihrer Ansicht die Kantone dafür zuständig sind. Der Ständerat wird sich in der Sommersession mit der Initiative befassen.

Parlamentarische Initiative Hess Erich

20.412

Keine Kinderrenten mehr ins Ausland ausbezahlen

Der Initiant fordert, dass künftig Kinderrenten nur Kindern ausbezahlt werden, die ihren Wohnsitz in der Schweiz haben. Mit Kinderrenten sollen finanzielle Belastungen durch ein oder mehrere Kinder teilweise ausgeglichen werden. Der Initiant befürchtet einen Missbrauch der Regelung durch Auswanderer. Die SGK-N beantragte deutlich, der Initiative keine Folge zu geben. Der Nationalrat befasst sich in der kommenden Session als Erstrat damit.

Parlamentarische Initiative Prelicz-Huber Katharina

20.413

Familien- und schulergänzende Betreuung als Teil des Service public

Die Initiative verlangt eine neue Verfassungsbestimmung zur familien- und schulergänzenden Betreuung. In dieser wird festgehalten, dass die Kantone zuständig sind ein bedarfsgerechtes qualitativ hochstehendes und dem Kindeswohl verpflichtetes Angebot zu schaffen, das allen Kindern offensteht. Die Betreuung steht ab Ende des gesetzlichen Mutterschaftsurlaubs bis Ende der Volksschulzeit zur Verfügung. Sie untersteht staatlicher Leitung oder Aufsicht. Sie ist unentgeltlich. Der Bund gewährt den Kantonen Beiträge an ihre Aufwendungen. Die WBK-NR gibt der Initiative keine Folge.

Parlamentarische Initiative Markwalder Christa

20.455

Steuerliche Entlastung für familienexterne Kinderbetreuung von bis zu 25 000 Franken pro Kind und Jahr

Die Initiantin fordert eine steuerliche Entlastung für familienergänzende Kinderbetreuung von bis zu 25 000 Franken pro Kind und Jahr. Sowohl die ständerätliche als auch die nationalrätliche Bildungskommission haben der Initiative bereits Folge gegeben und eine entsprechende gesetzliche Grundlage erarbeitet, die nun vom Nationalrat behandelt wird.

Motion Quadranti Rosmarie

19.3610

Schaffung der nationalen Menschenrechtsinstitution und Übergangslösung unter Beibehaltung des Status quo mit dem Schweizerischen Kompetenzzentrum für Menschenrechte

Der Bundesrat wird beauftragt, die Gesetzesvorlage zur Schaffung einer nationalen Menschenrechtsinstitution (NMRI) dem Parlament rasch zu unterbreiten und zudem sicherzustellen, dass das seit neun Jahren bestehende Schweizerische Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR) seine Arbeit fortführen kann, bis das NMRI-Gesetz in Kraft tritt. Der Bundesrat empfiehlt die Annahme der Motion und auch der Nationalrat hat sich bereits dafür ausgesprochen.



Motion Zanetti Roberto

19.3705

Ersatzleistungen für befristete Drittbetreuungskosten infolge krankheits- oder unfallbedingter Unfähigkeit zur Betreuung von betreuungsbedürftigen Personen

Durch die Motion soll der Bundesrat beauftragt werden, Lösungsvorschläge aufzuzeigen, die befristete Ersatzleistungen für Drittbetreuungskosten vorsehen, welche aufgrund einer krankheits- oder unfallbedingten Unfähigkeit zur Betreuung von betreuungsbedürftigen Personen anfallen.

Wenn aufgrund einer krankheits- oder unfallbedingten Betreuungsunfähigkeit (z. B. Spitalaufenthalt, Bettlägrigkeit etc.) betreuungsbedürftige Personen, insbesondere Kinder, in Drittbetreuung gegeben werden müssen, können beträchtliche Kosten erwachsen. In der Regel wird das Problem im Familien- und Bekanntenkreis gelöst werden können. In den wenigen Fällen, wo dies nicht möglich ist, drohen hohe Drittbetreuungskosten. Während die krankheits- oder unfallbedingten Heilungskosten und Erwerbsausfälle in der Regel versichert sind oder versichert werden können, gibt es für die entsprechend bedingten Drittbetreuungskosten keine adäquate Lösung. Die Sozial- und Gesundheitskommission des Ständerats hat eine entsprechende Vorlage erarbeitet, der Ständerat befasst sich nun zum ersten Mal damit.

Motion Quadranti Rosmarie

19.3840

Verbot der "Heilung" homosexueller Jugendlicher

Die Motion beauftragt den Bundesrat, Therapien in der Schweiz zu verbieten, welche zum Ziel haben, die sexuelle Orientierung bei Kindern und Jugendlichen zu verändern. Zudem soll geprüft werden, ob für Psychologinnen und Psychologen, Therapeutinnen und Therapeuten, Seelsorgerinnen und Seelsorger usw. die «Heilungen» machen, ein Berufsverbot erwirkt werden kann oder welche anderen Sanktionierungen möglich sein könnten. Zudem muss der Bundesrat sicherstellen, dass solche Therapien grundsätzlich (auch bei Erwachsenen) nicht über die Krankenkasse abgerechnet werden können. Der Nationalrat behandelt die Motion als Erstrat, der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Vorstosses.

Motion Masshardt Nadine

19.3847

Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Endlich eine echte Elternzeit

Die Motion Masshardt beauftragt den Bundesrat, eine Elternzeit mit folgenden Eckpunkten einzuführen: Nach der Niederkunft oder der Aufnahme zur Adoption hat die Arbeitnehmerin Anspruch auf einen Mutterschaftsurlaub und der Arbeitnehmer Anspruch auf einen Vaterschaftsurlaub von je mindestens 14 Wochen. Darüber hinaus haben beide Elternteile Anspruch auf mindestens 10 weitere Wochen Elternzeit. Zusätzlich zur Mutterschafts- hat der Arbeitnehmer Anspruch auf eine Vaterschaftsentschädigung, und beide Elternteile haben Anspruch auf eine Entschädigung für Elternzeit unter den gleichen Voraussetzungen gemäss Artikel 329f OR. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, die Motion ist zum ersten Mal im Rat traktandiert.

Motion Quadranti Rosmarie und Motion Bertschy Kathrin

19.3848 / 19.3849

Elternzeit von 14 Wochen für beide Elternteile für Chancengleichheit im Erwerbsleben

Die Motionen Bertschy und Quadranti fordern einen Ersatz der Mutterschaftsentschädigung durch eine Elternzeit von je 14 Wochen für beide Elternteile. Die Motionen werden zum ersten Mal im Rat behandelt, der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motionen.



Motion Schläpfer Therese

19.4191

Kein Aufenthaltsrecht bei sexuellen Übergriffen und Gewalt an Frauen und Kindern

Die Motionärin fordert, dass die Rechtsgrundlagen so ergänzt werden, dass ausländische Personen bei Gewalt gegen Frauen und Kinder im häuslichen Bereich zwingend des Landes verwiesen werden. Die Vorlage wird im Rat zum ersten Mal beraten, der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

Motion Schläpfer Therese

19.4261

Kinderehen müssen konsequent bekämpft werden

Die Motionärin fordert, dass die Rechtsgrundlagen so ergänzt werden, dass bei Eheschliessungen, bei denen ein Ehepartner jünger als 16 Jahre alt ist, von Gesetzes wegen vermutet werden muss, dass der Straftatbestand der Zwangsheirat erfüllt ist. Die Vorlage wird im Rat zum ersten Mal beraten, der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

Motion Baume-Schneider Elisabeth

20.3420

Situation der Menschen ohne rechtlich geregelten Status berücksichtigen

Der Bundesrat wird beauftragt, pragmatische Lösungen für die Unterstützung und für die Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen vorzuschlagen, damit bei Krisen wie der Covid-19-Krise auch Menschen ohne rechtlich geregelten Status geholfen werden kann (Sans-Papiers, Personen ohne gültige Aufenthaltsbewilligung und/oder solche, die in Branchen wie der Hauswirtschaft, dem Gastgewerbe oder dem Baugewerbe arbeiten und einen prekären Status haben). Diese Menschen haben weder Zugang zu Lohnersatzmassnahmen oder zur ordentlichen Sozialhilfe noch zum Gesundheitssystem. Dies betrifft vor allem auch Kinder aus diesen Familien. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Vorlage. Auch die ständerätliche Staatspolitische Kommission empfiehlt ihrem Rat die Motion zur Ablehnung.

Motion Baume-Schneider Elisabeth

21.3283

Mutterschutz vor der Niederkunft

Basierend auf den Schlussfolgerungen des Berichts des Bundesrates vom 2. März 2018 in Erfüllung des Postulats 15.3793 «Mutterschaftsurlaub. Erwerbsunterbrüche vor der Geburt» wird der Bundesrat beauftragt, dem Parlament die gesetzlichen Bestimmungen zur Einführung eines vorgeburtlichen und über die Erwerbsersatzordnung finanzierten Mutterschaftsurlaubs von drei Wochen vorzulegen. Der Mutterschaftsurlaub nach der Niederkunft wird dadurch nicht angetastet. Der Ständerat behandelt das Geschäft als Erstrat.

Motion Herzog Eva

21.3291

Finanzielle Notlage für Auszubildende. Covid-19 macht dringendes Handeln für Auszubildende und Studierende notwendig!

Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, Bundesmittel zur Verfügung zu stellen, um finanzielle Härtefälle bei Auszubildenden und Studierenden aufzufangen und so Studienabbrüche zu verhindern. Die Realisierung kann in Form einer public private partnership mit gemeinnützigen Stiftungen erfolgen, welche in der direkten Bildungsförderung grosses Know-how vorweisen können. Der Ständerat behandelt die Motion als Erstrat.



Postulat Romano Marco

19.3764

Bericht über die Umwelterziehung

Mit dem Postulat wird der Bundesrat beauftragt, einen Bericht vorzulegen, in dem er verschiedene Möglichkeiten prüft, wie ein nationaler Aktionsplan zur Bildung in Nachhaltigkeit in der obligatorischen Schule gefördert werden könnte. Der Bund soll unter Wahrung der kantonalen Autonomie und unter Beachtung der zahlreichen bereits laufenden Projekte das Gesamtbild analysieren, insbesondere im Hinblick auf ein Querschnittskonzept zur Sensibilisierung und zur Bildung der Kinder und Jugendlichen in Umweltfragen und im sparsamen und bewussten Umgang mit den Ressourcen (Umweltbildung). Der Nationalrat befasst sich mit dem Postulat als Erstrat, der Bundesrat empfiehlt den Vorstoss zur Ablehnung.

Postulat Reynard Mathias

19.3785

Der digitale Analphabetismus führt zu sozialer Ausgrenzung

Der Postulant fordert den Bundesrat auf, dem Parlament eine Studie zu unterbreiten, die den Umfang des Phänomens des digitalen Analphabetismus (der zu einer wesentlichen sozialen Ausgrenzung führt) erhebt sowie darauf basierend eine Strategie beinhaltet, die es in Zusammenarbeit mit den Kantonen erlaubt, allfällige Lücken zu schliessen und die Ausbreitung eines solchen Phänomens zu verhindern (in Anlehnung an die Plattform «Jugend und Medien» des BSV). Der Nationalrat behandelt den Vorstoss als Erstrat, der Bundesrat empfiehlt das Postulat zur Ablehnung.

Postulat Feri Yvonne

19.4016

Sexuelle Gewalt an Kindern im Internet. Was macht das Bundesamt für Polizei?

Das Postulat von Yvonne Feri verlangt vom Bundesrat zu prüfen und in einem Bericht aufzuzeigen, wie das Fedpol mit Verdachtsmeldungen betreffend sexueller Gewalt an Kindern (v.a. auch aus dem Ausland) umgeht, und welche Massnahmen zur Verbesserung der Situation ergriffen werden könnte. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulats.

Postulat Regazzi Fabio

19.4105

Die Täter vor dem Live-Streaming eines Kindsmisbrauchs stoppen, und der Kinderprostitution im Internet wirksame Grenzen setzen

Das Postulat von Fabio Regazzi beauftragt den Bundesrat zu prüfen, welche rechtlichen und sonstigen Massnahmen nötig sind, um Kinderprostitution im Internet wirksam zu bekämpfen. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulats.

Postulat WBK-NR

20.4343

Stärkung der Nationalen Strategie Sucht durch den Einbezug der Cyberabhängigkeit

Der Bundesrat wird ersucht, im Rahmen der Nationalen Strategie Sucht ein Massnahmenpaket zur Bekämpfung der verschiedenen Formen von Cyberabhängigkeit zu erarbeiten. Die gemeinsam mit den Kantonen, den im Bereich der Prävention tätigen Vereinen und den sonstigen Akteuren dieses Sektors erarbeiteten Massnahmen decken die folgenden Bereiche der Suchtbekämpfung ab: Bildung, Prävention, Behandlung und Risikoverminderung. Das Geschäft wird zusammen mit dem Bundesgesetz über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele beraten.



Postulat WBK-NR

21.3005

Jugend und gesunde Ernährung durch verstärkte Koordination und Kommunikation stärken

Der Bundesrat wird beauftragt in einem Bericht darzulegen, welche nationalen und kantonalen Angebote im Bereich «Jugend und Ernährung» bestehen, wie diese finanziert und welche Zielgruppe adressiert werden. Weiter soll der Bericht zum Zweck einer Strategie für eine nachhaltige Ernährung Angebotslücken eruieren und Massnahmen zur besseren Koordination und Kommunikation der Angebote aufzeigen.

Eine Minderheit der Kommission (Huber, Haab, Gafner, Gutjahr, Herzog Verena, Keller Peter, Umbricht Pieren) beantragt, das Postulat abzulehnen. Der Nationalrat behandelt den Vorstoss als Erstrat, der Bundesrat empfiehlt das Postulat zur Ablehnung.

Postulat Jositsch Daniel

21.3103

Mehr Fairness bei der Stellenausschreibung und Stellenvergabe

Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, welche Auswirkungen der Zeitpunkt der Ausschreibung und der Vergabe von Lehrstellen auf Jugendliche und ihre berufliche Zukunft hat. Dabei sollen auch nötige Massnahmen für die verschiedenen Akteure der Berufsbildung aufgezeigt werden. Der Ständerat behandelt den Vorstoss als Erstrat.

Postulat Z'graggen Heidi

21.3230

Bericht zu den Auswirkungen auf die Gesellschaft durch die Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und Möglichkeiten zu deren Heilung

Mit dem Postulat wird der Bundesrat aufgefordert, einen Bericht zu den gesellschaftlichen Auswirkungen der Massnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie (v.a. auch auf die Jugendlichen) zu erstellen. Gestützt auf diese Erhebungen soll er Schlüsse ziehen und berichten, ob Handlungsbedarf besteht und wie die allfälligen Auswirkungen der getroffenen Massnahmen geheilt werden sollen. Das Postulat wird vom Ständerat als Erstrat behandelt.

Postulat WBK-NR

21.3457

Psychische Gesundheit unserer Jugend stärken

Mit dem Postulat wird der Bundesrat aufgefordert, in einem dringlichen Bericht die Situation darzulegen und aufzuzeigen, welche Auswirkungen die Coronakrise auf die psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen hat. Zudem wird der Bundesrat gebeten, konkrete Massnahmen zur Wahrung der psychischen Gesundheit und zur Versorgungssicherstellung der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen (insb. Studierende) zu definieren. Mit dem Postulat will die Bildungskommission des Nationalrats einen Gesamtüberblick über die aktuelle Lage in der Schweiz zu den direkten und indirekten Auswirkungen der Coronakrise auf Familien, Bildungseinrichtungen und vor allem Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene erstellen.

Eine Minderheit der Kommission (Umbricht Pieren, Chevalley, Gafner, Gutjahr, Haab, Herzog Verena, Huber, Keller Peter) beantragt, das Postulat abzulehnen. Der Nationalrat behandelt das Postulat als Erstrat.



Interpellation Sommaruga Carlo

21.3298

Minderjährige in den Lagern der Demokratischen Kräfte Syriens in Nordsyrien. Das Völkerrecht gebietet die sofortige Rückführung der Kinder

Vor Kurzem, am 8. Februar 2021, schickten mehrere UNO-Berichterstatter ein Schreiben an 57 Staaten, darunter die Schweiz, um ihre grosse Besorgnis über die humanitären und sicherheitstechnischen Bedingungen in den Lagern auszudrücken. Diese Experten haben die Staaten dazu aufgerufen, wirksame Massnahmen zu ergreifen, um die Rechte der betroffenen Personen, insbesondere der Frauen und Kinder, sicherzustellen. Vor dem Hintergrund stellt der Interpellant die folgenden Fragen:

1. Ist der Bundesrat bereit, seinen Entscheid vom März 2019 rückgängig zu machen, indem er die Rückführung der Kinder veranlasst, auch wenn dies bedeutet, dass auch die Mutter der Kinder in der Schweiz aufgenommen werden muss?
2. Sollte der Bundesrat nicht eingestehen, dass er, wenn er seine Position nicht ändert und die Rückführung der beiden Schweizer Kinder aus Genf zusammen mit ihrer Mutter nicht gestattet, das Völkerrecht und insbesondere das Übereinkommen über die Rechte des Kindes verletzt?
3. Beabsichtigt der Bundesrat, die Arbeitsgruppe für die Betreuung und Rückführung von Schweizer Kindern wiedereinzusetzen? Falls ja, welche konkrete Mission hätte sie, zumal es ihr nicht gelungen ist, eine Lösung für die Rückführung der beiden Kinder zu finden?
4. Hält es der Bundesrat nicht für sinnvoll, die Väter in ihrem privaten Vorgehen zur Rückführung ihrer Töchter zu unterstützen, indem er sich dafür einsetzt, dass die Väter die elterliche Sorge über ihre Töchter wiedererlangen und dass ihnen die Pässe ihrer Kinder ausgehändigt werden, da diese für die Rückreise unerlässlich sind?

Standesinitiative

20.308

Für eine konsequente Bundespolitik im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung

Die Standesinitiative kommt betreffend der aktuellen gesetzlichen Grundlagen im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung zum Schluss,

- dass es jedes Jahr Tausenden von Familien in der Schweiz schwerfällt bzw. unmöglich ist, externe Kinderbetreuungsplätze zu finden;
- der Hauptgrund für diese Schwierigkeiten der klare Mangel an Betreuungsplätzen ist;
- der Bundesrat beschlossen hat, sein Impulsprogramm vom 1. Februar 2003 zur Schaffung externer Kinderbetreuungsplätze nicht zu verlängern;
- die Kosten angesichts der unter dem Vorwand der Subsidiarität beendeten finanziellen Unterstützung durch den Bund nun nahezu ausschliesslich zulasten der Gemeinden und Kantone gehen;
- es einer starken Familienpolitik bedarf, die gemeinsam von den Gemeinden, den Kantonen und vom Bund finanziert wird.

Deshalb fordert der Grosse Rat des Kantons Genf die Bundesversammlung dazu auf, die Förderung von Betreuungsplätzen für Kinder im Vorschulalter auf Gemeinde- und Kantonebene sowie die dauerhafte Beteiligung des Bundes an der Finanzierung von externen Kinderbetreuungsplätzen in der Bundesverfassung zu verankern. Die ständerätliche Kommission beantragt mit 9 zu 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen der Initiative keine Folge zu geben.